

Übersichten

Dezember 2003

Außenpolitik

1 Beifall und Kritik für Schröders fünfte Chinareise

Am 1. Dezember traf Bundeskanzler Schröder zu einem viertägigen Besuch in Beijing ein, der ihn auch nach Guangzhou und Chengdu führte. Es war bereits Schröders fünfte Chinareise in fünf Jahren und er unterstrich die Bedeutung der deutsch-chinesischen Beziehungen für ihn noch durch die Ankündigung, auch künftig jedes Jahr einmal nach China zu reisen. Begleitet wurde er von Justizministerin Zypriß, Verkehrsminister Stolpe und einer über 30-köpfigen Wirtschaftsdelegation. Während seines Beijingaufenthalts traf er noch am Ankunftstag mit Ministerpräsident Wen Jiabao, Staatspräsident Hu Jintao und dem NVK-Vorsitzenden Wu Bangguo zusammen. In Guangzhou besuchte er eine internationale Autoausstellung und traf sich mit dem Gouverneur der Provinz Guangdong Huang Huahua; hier hielt er auch eine Rede vor Studenten der Zhongshan-Universität und ermutigte sie zum Studium in Deutschland. In der südwestchinesischen Metropole Chengdu eröffnete er das vierte deut-

sche Konsulat in China und besuchte u.a. eine Konferenz über die Investitionsbedingungen in der Provinz Sichuan.

Die Gespräche mit den chinesischen Spitzenpolitikern, in denen es allgemein um die weitere Verbesserung der Beziehungen zu China und in erster Linie um die Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen ging, erregten internationales Aufsehen, da auch mehrere „heiße“ Themen angesprochen wurden wie u.a. die Taiwan-Frage und das Waffenembargo der EU. China hoffte dabei auf deutsche Unterstützung und wurde nicht enttäuscht, zumal kontroverse Themen wie die Menschenrechte nicht *coram publico*, sondern nur in bilateralen Gesprächen zur Sprache kamen.

Kanzler Schröder bestätigte das deutsche Bekenntnis zur Ein-China-Politik und versicherte, Deutschland werde Waffenlieferungen an Taiwan nicht zustimmen. Bei einem Treffen mit Wirtschaftsführern ging er noch weiter und erklärte, jeder Schritt seitens Taiwans in Richtung auf eine formale Unabhängigkeit könne zum Krieg führen. Von Wen auf das Waffenembargo der EU angesprochen, erklärte er, dass er eine Mehrheit für dessen Aufhebung sehe und mit Frankreichs Präsident Chirac einen entsprechenden Vorschlag abgestimmt habe. Die chinesische Seite berief sich wenige Tage später darauf, als sie sich mit der Bitte um ein Ende des Embargos an die EU wandte.

Wen bedankte sich im Gespräch mit Schröder auch für die deutsche Haltung in der „Ostturkestan-Frage“ (die Bekämpfung sog. Terroristen in der Provinz Xinjiang), wo man die chinesische Besorgnis ernst nehme. Von deutscher Seite wurde zu diesem Thema nichts bekannt. Vielmehr wurde mit der Eröffnung des Konsulats in Chengdu unterstrichen, dass Deutschland das chinesische Programm der wirtschaftlichen Entwicklung der Westprovinzen nicht nur unterstütze, sondern die deutsche Wirtschaft auch daran teilhaben lassen wolle.

In weiteren außenpolitischen Fragen wie der Lage in Afghanistan und im Irak wurde Einvernehmen festgestellt. Die chinesische Seite, hieß es in der Verhandlungsdelegation, neige dazu, den Prozess in Afghanistan zu un-

terstützen, und sei auch der Ansicht, im Irak möglichst zügig die Macht in irakische Hände übergehen zu lassen. Schröder würdigte die Zusammenarbeit mit China in den Vereinten Nationen und verglich die Irak-Frage mit dem Nordkorea-Problem, bei dessen Lösung die chinesische Regierung eine „instrumentelle Rolle“ spielen könne.

Insgesamt zeigten sich beide Seiten sehr zufrieden mit den Ergebnissen des Besuches, auch die begleitenden Führungskräfte aus der Wirtschaft. Umso heftiger fiel die Kritik in Deutschland aus. So kritisierten Politiker der Grünen sowie der Opposition heftig Schröders Befürwortung einer Aufhebung des Waffenembargos. Während die Grünen auf die anhaltenden Verletzungen der Menschenrechte verwiesen, verurteilten CDU- und FDP-Sprecher vor allem den „Alleingang“ in der EU. Seitens der EU-Kommission erklärte eine Sprecherin des Kommissars für Außenpolitik, Chris Patten, dass die Aufhebung eines Ministerratsbeschlusses bedürfe und sich zunächst alle EU-Regierungen einig sein müssten, dass sich die Situation der Menschenrechte in China verbessert habe. Beim kürzlichen EU-China-Gipfel hatte allerdings auch Kommissionspräsident Prodi ein baldiges Ende des Embargos in Aussicht gestellt.

Die Reise von Kanzler Schröder folgte eindeutig dem Ziel, durch eine Verbesserung der politischen Beziehungen die Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen zu erleichtern und deutsche Unternehmen an den beeindruckenden „wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Erfolgen“ Chinas (so Schröder vor den Studenten in Guangzhou) partizipieren zu lassen. Dafür wurde er von seinen Begleitern aus der Wirtschaft ausdrücklich gelobt. Anders sah es die heimische Presse, die ihm vorwarf, unnötigerweise in vielen Fragen Beijings Position übernommen zu haben (FAZ). In einem *Handelsblatt*-Kommentar war sogar von „plattem Merkantilismus“ und „einfältiger Außenpolitik“ die Rede, die den kurzfristigen Interessen einzelner Unternehmen auch das langfristige Interesse der deutschen Wirtschaft unterordne. (XNA, 1.-5.12.03; SCMP, 2.12.03; IHT, 2.12.03; ZXS, 2.12.03, nach BBC EF, 4.12.03; HB, 3., 4.12.03; FAZ, 4.12.03) -gs-

2 „Voller Erfolg“ für Wen Jiabao in den USA

Drei Wochen vor dem 25. Jahrestag der Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den USA und der VR China besuchte der chinesische Ministerpräsident Wen Jiabao die USA. Es war dies der erste Besuch eines chinesischen Ministerpräsidenten seit über vier Jahren und außerdem der erste seit der Wahl der neuen chinesischen Regierungsspitze im März 2003. Allerdings war Präsident Bush zuvor bereits zweimal mit Staatspräsident Hu Jintao zusammengetroffen (am 1. Juni 2003 in Evian/Frankreich und am 19.10. anlässlich des APEC-Treffens in Bangkok) und hatte auch schon verschiedene Male mit diesem telefoniert.

Während seines viertägigen Aufenthalts vom 7. bis zum 10. Dezember besuchte Wen New York, Washington und Boston. In New York traf er nach seiner Ankunft am 7.12. mit UN-Generalsekretär Kofi Annan zusammen, führte eine Diskussion mit amerikanischen Wissenschaftlern und sprach vor 600 Vertretern der auslandschinesischen *business community*. Nachdem er am Morgen des 8.12. noch die New Yorker Börse eröffnet hatte, flog er nach Washington, wo er Gespräche mit Außenminister Colin Powell, dem früheren Außenminister Kissinger sowie mit Vizepräsident Dick Cheney und führenden Mitgliedern des Kongresses führte. Am 9.12. traf er mit Präsident Bush zusammen. Am letzten Tag hielt er in Boston eine Rede vor Studenten und Wissenschaftlern der Business School an der Harvard Universität, bevor er nach Kanada weiterflog.

Bereits im Vorfeld des Besuchs, der sowohl von Differenzen in den Handelsbeziehungen und amerikanischen Sanktionen (s. Übersicht „Handelskrieg zwischen USA und China abgewendet?“ in der Rubrik Außenwirtschaft in diesem Heft.) als auch von aktuellen Spannungen in der Taiwan-Straße überschattet war, waren chinesischerseits hohe Erwartungen an die USA geäußert worden. Ausgangspunkt dafür war die deutliche Verbesserung der bilateralen Beziehungen während der letzten zwei Jahre, speziell seit dem Terroranschlag vom 11. September 2001. In einem Kom-

mentar der Nachrichtenagentur Xinhua (XNA, 4.12.03, nach BBC EF, 6.12.03) wurde hervorgehoben, dass sich vor allem seit dem Besuch des ehemaligen Präsidenten Jiang Zemin im Oktober 2002 die „konstruktiven und kooperativen Beziehungen“ weiter verbessert hätten. Deutliches Zeichen dieser Entwicklung seien die häufigen Treffen und Kontakte auf höchster Ebene. Laut dem Mitglied des Nationalen Sicherheitsrates der USA, Condoleezza Rice, haben China und die USA eine „strategic dialogue relation“ errichtet, die durch den Wen-Besuch angereichert werden solle. Auch die Wirtschaftsbeziehungen seien ausgebaut worden, die militärischen Beziehungen seien zur Normalität zurückgekehrt und beide Länder würden in den Fragen von internationalem und regionalem Interesse zusammenarbeiten. Dennoch gebe es natürlich Differenzen, neben denen im Handelsbereich bestünden sie vor allem in der Taiwan-Frage. „Einige Medien“ würden hier klar darauf hinweisen, dass es eine Reihe von US-Aktivitäten gegeben hätte, die den taiwanischen Präsidenten Chen Shuibian bei seinem Bemühen um Wiederwahl unterstützten. Sie würden ein falsches Signal an die taiwanischen Autoritäten senden und die Separatisten bei ihren Unabhängigkeitsbestrebungen unterstützen.

Nicht nur in diesem Kommentar, sondern auch in Reden chinesischer Spitzenpolitiker wurde vor dem Besuch immer wieder deutlich gemacht, dass man sich in den USA eine deutlichere Unterstützung für das „Ein-China“-Prinzip und eine Kritik an den Plänen von Taiwans Präsident Chen wünsche, zugleich mit den Wahlen im März 2004 ein Referendum gegen die Bedrohung durch 496 Festlandsraketen abzuhalten. China hoffe, so der Sprecher des Außenministeriums Liu Jianchao, dass die USA den Provokationen Taiwans, die darauf zielten China zu spalten, widersprechen und die Taiwan-Frage angemessen behandeln werden, um Frieden und Stabilität in der Taiwan-Straße aufrechtzuerhalten (XNA, 2.12.03). Taiwan, betonte auch der stellvertretende chinesische Außenminister Zhou Wenzhong, sei der wichtigste und sensibelste Punkt in den sino-amerikanischen Beziehungen (SCMP, 4.12.03).

Die Signale, die die chinesische Führung dabei aussandte, waren zwiespältig, sowohl was die Beurteilung der amerikanischen Politik betraf als auch im Hinblick auf das eigene außenpolitische Instrumentarium. Einerseits wurde die Bush-Regierung – wie z.B. von Zhou Wenzhong – beschuldigt, sie würde die Spannungen anheizen, indem sie z.B. hochrangige für Verteidigung zuständige taiwanische Beamte empfangen und U-Boote an Taiwan verkaufe. Andererseits betonte der chinesische Botschafter in den USA Yang Jiechi, man habe durchaus zur Kenntnis genommen, dass Regierungsvertreter der USA bei vielen Gelegenheiten wiederholt hätten, dass die USA zu ihrer Ein-China-Politik stünden und sich gegen ein „unabhängiges Taiwan“ aussprächen (XNA, 6.12.03, nach BBC EF, 7.12.03). Die eigenen Absichten, so die chinesischen Politiker, seien zwar auf den Erhalt des Friedens gerichtet, aber – so betonte auch Wen in einem Interview mit der *Washington Post* vor seinem Besuch – man werde „jeden Preis zahlen ..., um die Einheit des Mutterlandes zu wahren“ (NZZ, 4.12.03).

Trotz einer im Vergleich zu früher gewissen Zurückhaltung in außenpolitischen Aktionen seit den ersten Ankündigungen von Chen, die taiwanische Verfassung zu ändern und ein Referendum durchzuführen, hatte sich der offizielle Ton gegenüber Taiwan damit sichtlich verschärft. Noch deutlicher wurden allerdings hohe Vertreter des chinesischen Militärs, die seit Wochen die Pläne des taiwanischen Präsidenten scharf attackieren. U.a. warnte Generalmajor Peng Guangqian von der Akademie für Militärwissenschaften in einem Beitrag für die Wochenzeitschrift *Liaowang*, China sei bereit, einen „sechsfachen Preis“ für einen Krieg zur Verhinderung von Taiwans Unabhängigkeit zu zahlen, darunter den Verlust der Olympischen Spiele 2008, der World Expo 2010 sowie den Rückgang an Auslandsinvestitionen und die Herabstufung der Beziehungen „mit gewissen Ländern“ (ST, 4.12.03; WSJ, 5.12.03). Die chinesische Führung scheint hier durch Scharfmacher enorm unter Druck geraten zu sein und ist sich zugleich bewusst, dass sie die Taiwan-Frage nur über die USA lösen kann. Insofern sollte der Besuch Wens dazu dienen, Prä-

sident Bush eine klare Zusicherung zur Ein-China-Politik abzurufen, um so auch Wens Position in der chinesischen Führung zu stärken.

Hoffnungen, dass dies gelingen möge, ebenso wie Befürchtungen gründeten auf nicht eindeutigen Signalen seitens der USA; in einem Editorial der in Hongkong erscheinenden *Ta Kung Pao* (22.11.03) war sogar von einem „doppelten Spiel“ der USA die Rede. Auf der einen Seite führte die Äußerung der Leiterin der informellen amerikanischen Vertretung in Taipei, Therese Shaheen, zu einigen Irritationen, die bei einem Besuch des taiwanischen Präsidenten Chen in New York erwähnte, dieser habe in der Person von Präsident Bush einen „Schutzengel“ (NZZ, 4.12.03). Auf der anderen Seite machte die US-Regierung auch schon vor dem Besuch von Wen deutlich, dass sie einseitige Handlungen seitens der taiwanischen Führung ablehnte; so sandte Bush einen persönlichen Botschafter zu Chen, um ihn zum Überdenken seiner Kampagne für ein Referendum zu bewegen. Die USA würden Taiwans Unabhängigkeit nicht unterstützen und allen Aktionen widersprechen, die geeignet seien, die Spannungen zu erhöhen (WSJ, 5.12.03).

Letztlich hatte auch die Bush-Regierung kein Interesse an einem Misserfolg des Besuchs. Abgesehen von den Handelsdifferenzen haben sich auch aus ihrer Sicht die Beziehungen zu China wesentlich verbessert, das bei Bushs Amtsantritt noch als „strategischer Rivale“ bezeichnet worden war. Nicht nur dass man allgemein keine Verschlechterung im Verhältnis zu dem ständigen Mitglied im Sicherheitsrat der UN und zu einer kommenden Wirtschaftsmacht riskieren will, vor allem in den konkreten Fragen des Anti-Terror-Kampfes, der Irak-Politik und nicht zuletzt in der Nordkorea-Frage zählt China zu den wichtigsten Bündnispartnern. So nimmt es nicht Wunder, dass die Bush-Administration bisher von allen amerikanischen Regierungen auf die meisten Treffen mit chinesischen Führern verweisen kann. Der US-Botschafter in Beijing Clark Randt spricht sogar von den „wichtigsten bilateralen Beziehungen in der Welt“ (FT, 5.12.03). Diese außenpolitischen Gemeinsamkeiten ließen auch die Handelspolitik und erst recht die amerikanischen Wün-

sche nach weiteren demokratischen Reformen und Menschenrechtsverbesserungen in China bei den Gesprächen in den Hintergrund treten.

Wen Jiabao war sich dessen wohl durchaus bewusst, als er die chinesische Politik vor Vertretern amerikanischer Organisationen vorstellte (XNA, 10.12.03). Drei Schlussfolgerungen, so Wen, seien aus der Geschichte der amerikanisch-chinesischen Beziehungen zu ziehen: Beide Seiten gewinnen von friedlicher Koexistenz und verlieren von Konflikten; wechselseitige Interessen dienen als Grundlage der Kooperation; die Kooperation zwischen China und den USA dient der Stabilität im asiatisch-pazifischen Raum und dem Frieden in der Welt. In diesem Sinne plädierte Wen auch für die Öffnung der Volkswirtschaften in beide Richtungen („opening-up is a two-way street“), verwies auf die entwickelten Mechanismen der Zusammenarbeit im Kampf gegen den Terrorismus und betonte Chinas Interesse an einer friedlichen Beilegung des Nuklearstreits auf der koreanischen Halbinsel. Gerade die globalen wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, politischen und kulturellen Entwicklungen machten die Zusammenarbeit zwischen dem „größten Entwicklungsland“ und dem „größten entwickelten Land“ möglich und notwendig. Bei entstehenden Differenzen sollten beide Seiten „kühl und vernünftig“ bleiben: „The least we want to see is the break of the bond of friendship and cooperation“. Daher schlage China viererlei vor: Erstens die Fortsetzung der Treffen auf höchster Ebene und des strategischen Dialoges, zweitens beiderseits nutzbringende Wirtschaftsbeziehungen, drittens die Intensivierung der Zusammenarbeit in internationalen und regionalen Fragen und viertens den Ausbau der zwischenmenschlichen Beziehungen. Was Taiwan betreffe, tue man alles, um schließlich eine friedliche Wiedervereinigung zu erreichen. Solange es noch die kleinste Hoffnung dafür gebe, werde man von diesem Vorhaben nicht ablassen. Eine taiwanische Unabhängigkeit aber werde man nicht akzeptieren. Hier biete auch die amerikanische Geschichte und die Verteidigung des Prinzips „the Union is perpetual“ wertvolle Erfahrungen.

Das mit Spannung erwartete Treffen mit Präsident Bush hat die Erwartungen der chinesischen Seite dann weit übertroffen. Schon Außenminister Powell hatte im Gespräch mit Wen Besorgnis angesichts der jüngsten Botschaften aus Taiwan geäußert und klargestellt, dass die USA die Aktionen Chen Shuibians nicht unterstützten („not support“). Bushs Wortwahl fiel dann aber noch schärfer aus. Nachdem er seinem Gesprächspartner zunächst die Bedeutung der Beziehungen bestätigt hatte („My country looks forward to working with you as China increasingly takes its place among the leading nations of the world.“), bekannte er sich eindeutig zum Ein-China-Prinzip und zu den drei gemeinsamen Kommuniqués zwischen China und den USA. Dann sprach er sich nicht nur gegen eine Unabhängigkeit Taiwans aus („oppose“), sondern auch gegen jeden Versuch seitens Chinas oder Taiwans, den Status quo einseitig zu verändern. Dies wiederholte er auch in der anschließenden Pressekonferenz. Auf Fragen zum Referendumsplan von Chen Shuibian antwortete er, die Äußerungen und Handlungen des taiwanischen Präsidenten deuteten darauf hin, dass er möglicherweise eine einseitige Änderung des Status quo wolle – eine Intention, der die USA entgegengetreten („oppose“). Im weiteren Gespräch dankte der amerikanische Präsident China für seine Initiativen zum Zustandekommen der Gespräche über das Nuklearproblem auf der koreanischen Halbinsel; Wen betonte, dass China weiter für eine nuklearwaffenfreie Halbinsel eintrete und auch weiter für den Gesprächsprozess arbeiten wolle (ZXS, 9.10.03, nach BBC PF, 10.12.03; XNA, 10.12.03; WSJ, 11.12.03). (Zu den Handelsbeziehungen siehe die Übersicht unten.)

Angesichts dieser deutlichen Worte von Präsident Bush nimmt es nicht Wunder, dass die chinesische Seite die „freundlichen, offenen, kooperativen und konstruktiven“ Gespräche „nicht nur als wichtig, sondern als sehr erfolgreich“ wertete (so Wen in Boston). Bushs Äußerung zu Taiwan betrachtete er als großen Erfolg der chinesischen Außenpolitik. Chinesische Experten hatten so klare Aussagen nicht erwartet. Auch das Außenministerium sprach daher von einem „vollen Er-

folg“, obwohl es sich gewöhnlich nicht zu Taiwan betreffenden Fragen äußert, da diese eine interne Angelegenheit seien (ZXS, 11.12.03, nach BBC PF, 12.12.03; WSJ, 11.12.03).

Wen hob am Ende seines Besuchs in einem Interview mit CNN noch einmal hervor, dass er und Präsident Bush der Meinung seien, die Beziehungen zwischen China und den USA seien die wichtigsten zwischenstaatlichen Beziehungen in der Welt. Den Stand der Beziehungen charakterisierte er während seines Aufenthalts verschiedentlich als „harmony with differences“: China und die USA könnten „coexist in harmony with differences and seek common ground while reserving differences“ (XNA, 12.12.03; ZXS, 11.12.03, nach BBC PF, 12.12.03). Auch Bush machte nach Abschluss der Gespräche noch einmal deutlich, welche Bedeutung er den Beziehungen zur Volksrepublik beimisst. Am 20.12. führte er ein entsprechendes Telefonat mit Staatspräsident Hu Jintao, in dem er diesen nicht nur über die Lage im Irak informierte, sondern auch noch einmal betonte, der Standpunkt der US-Regierung in der Taiwan-Frage sei eindeutig („clear-cut“) (XNA, 21.12.03; SCMP, 22.12.03).

Die US-Reise wurde für Chinas Ministerpräsidenten Wen auch zu einem persönlichen Erfolg. Er präsentierte sich auf seiner Amerikareise als offener und belesener Staatsmann, diskutierte mit Wissenschaftlern, verließ zum Schrecken der Sicherheitskräfte sein Auto für ein Bad in der (auslandschinesischen) Menge, zeigte sich am Ground Zero emotional berührt, zitierte amerikanische Politiker sowie amerikanische und chinesische Lyriker, sprach von der Vorliebe chinesischer Kinder für Mickey Mouse und ließ sich auch von Zwischenrufen während seiner Rede an der Harvard Universität nicht beirren. Die Medien sprachen daher nicht zu Unrecht von einer „charm offensive“ (SCMP, 9.12.03; IHT, 10.12.03).

Von Boston aus flog Wen nach Kanada, wo es hauptsächlich um die Weiterentwicklung der technologisch-wirtschaftlichen Zusammenarbeit ging, und dann nach Mexico und Äthiopien. -gs-

3 Chinesische Zusammenarbeit mit Afrika bestärkt

Am Ende seiner Vier-Nationen-Tour landete Ministerpräsident Wen Jiabao am 14. Dezember in Addis Abeba, um dort am 2. Ministertreffen des Forum on China-Africa Cooperation (FOCAC) teilzunehmen, das vom 15. bis 16. Dezember stattfand. Dieses Treffen brachte 70 Außen- und Außenwirtschaftsminister aus China und 44 afrikanischen Staaten, den Vorsitzenden der African Union Commission, einen Vertreter des UN-Generalsekretärs und weitere Repräsentanten internationaler und regionaler Organisationen zusammen. Neben Wen und dem Gastgeber, dem äthiopischen Ministerpräsidenten Meles Zenawi, nahmen 12 weitere afrikanische Staats- und Regierungschefs teil.

Das Treffen sollte der weiteren Vertiefung und Entwicklung der chinesisches-afrikanischen Freundschaft und Zusammenarbeit dienen und dabei die Umsetzung der Maßnahmen prüfen, die im Oktober 2000 in Beijing beschlossen worden waren. Damals hatte die Ministerkonferenz zum ersten Mal stattgefunden, um einen kollektiven Konsultations- und Dialogmechanismus zu installieren, der „das größte Entwicklungsland“ und „den größten Entwicklungskontinent“ enger zusammenschließen soll. In Beijing waren als künftige Grundlagen der Partnerschaft zwei offizielle Dokumente verabschiedet worden, die „Beijing Declaration“ und ein Programm „for China-Africa Cooperation in Economic and Social Development“. Zahlreiche hochrangige bilaterale Treffen und weitere *follow-up*-Aktivitäten hatten stattgefunden. Im April 2002 schließlich war offiziell beschlossen worden, alle drei Jahre abwechselnd in China und Afrika Treffen auf Ministerebene abzuhalten. Parallel zum Treffen in Addis Abeba fand eine „China-Africa Business Conference“ statt, an der über 150 chinesische und über 350 afrikanische Unternehmer teilnahmen (XNA, 11.12.03; XNA, 16.12.03, nach BBC EF, 17.12.03).

Wen Jiabao wollte mit seiner persönlichen Teilnahme einerseits die große Bedeutung ausdrücken, die China nach wie vor den Entwicklungsländern beimisst; zugleich fühlt sich die Volksrepublik gerade mit dem afri-

kanischen Kontinent seit Jahrzehnten traditionell verbunden (vgl. auch RMRB, 16.12.03). Nach neuesten offiziellen Zahlen betrug der bilaterale Handel im Jahre 2002 12,39 Milliarden US\$ gegenüber noch 10,6 Milliarden im Jahr 2000; in den ersten neun Monaten 2003 war er bereits auf 13,39 Milliarden US\$ angewachsen. Insgesamt haben Chinesen in 602 Projekte in 49 afrikanischen Staaten investiert, in der Industrie ebenso wie in Handel und Landwirtschaft (XNA, 15.12.03).

Die Afrikaner erwarten von China dabei vor allem wirtschaftliche und finanzielle Unterstützung. Bei der Eröffnung des vorbereitenden Senior Officials Meeting drückte dies Äthiopiens Minister für Handel und Industrie Taddese Haile so aus: „China's cooperation with Africa particularly in some critical areas can make a real difference in assisting African countries in their earnest fight for transforming their political and socio-economic development ... It is due to this prime fact that we consider China as our vital and strategic partner“ (XNA, 14.12.03). Deutlicher wurde der Vorsitzende der Afrikanischen Union, Mozambiques Präsident Chissano, als er China einlud, innerhalb der NEPAD (New Partnership for Africa's Development) eine bedeutende Rolle zu spielen (XNA, 15.12.03). China könnte das Programm zur Agrarentwicklung unterstützen, seine Tradition beim Aufbau der afrikanischen Infrastruktur fortführen, Afrikas Zugang zum chinesischen Markt verbessern sowie die Schulden nicht nur für die 31 armen afrikanischen Staaten, sondern auch für die mit niedrigem und mittlerem Einkommen erlassen.

Aber auch politisch erhofft man sich durch die Zusammenarbeit mit China eine stärkere Position gegenüber den USA und Europa in internationalen Angelegenheiten. Am deutlichsten drückte dies erwartungsgemäß der zimbabwische Präsident Robert Mugabe aus, der in seiner Rede unter Applaus die USA und Großbritannien attackierte und die Beziehungen zu China hervorhob, das die afrikanischen Staaten stets respektiert und immer eine antiimperialistische und antihegemonistische Politik betrieben habe (WSJ, 15.12.03; XNA, 16.12.03).

Auch China sieht als Mitglied im Sicherheitsrat die Zusammenarbeit mit den afrikanischen Staaten durchaus als Stärkung seiner Position und spricht seit dem Beijinger Gipfel von einer „neuen strategischen Partnerschaft“ (XNA, 13.12.03); Wen bemühte sich dennoch darum, unmittelbar nach seiner erfolgreichen USA-Reise konkrete Kritik an der amerikanischen Dominanz in den internationalen Beziehungen zu unterlassen. Stattdessen verwies er auf die zunehmende Bedeutung „nichttraditioneller Sicherheitsprobleme“ wie den Terrorismus, Krankheiten, Umweltschäden und Armut: „It is all too clear that world peace and development cannot possibly be sustained if the North-South divide grows wider and developing nations go poorer“. In seiner Rede machte er vier Vorschläge für die weitere Entwicklung der Beziehungen, die die weitergehenden Anregungen von Chissano nicht aufgriffen und von der Beijinger *Volkszeitung* als „pragmatische Kooperation“ bezeichnet wurden (Rede in XNA, 15.12.03; RMRB, 16.12.03):

1. Die traditionelle Freundschaft wird durch wechselseitige Unterstützung weiter entwickelt. In diesem Zusammenhang wird China die NEPAD unterstützen und sich auch an friedenserhaltenden Operationen der UN in Afrika beteiligen.
2. China wird sich für die Demokratisierung der internationalen Beziehungen einsetzen und die afrikanische Position des Multilateralismus unterstützen; als Sicherheitsratsmitglied wird es an der Seite Afrikas stehen (zum Multilateralismus s. die SWP-Studie von Kay Möller, *Chinas Außenpolitik: Selektive Multilateralität*, Berlin 2003).
3. Die Herausforderungen der Globalisierung müssen gemeinsam angenommen werden. Die Entwicklungsländer müssen nach chinesischer Auffassung von der Globalisierung profitieren und nicht durch sie marginalisiert werden. China wird in diesem Sinne mit ihnen gemeinsam an der Schaffung internationaler Wirtschaftsregeln arbeiten.
4. Um eine neue Seite in den Beziehungen zu Afrika aufzuschla-

gen, wird China schrittweise seine Hilfe erhöhen, seinen Markt weiter öffnen, seine Hilfe im Bildungs- und Ausbildungsbereich um 33% erweitern, die Unternehmenskooperationen unterstützen und vor allem die Zusammenarbeit im Tourismusbereich dadurch fördern, dass acht weiteren afrikanischen Ländern der Status eines anerkannten Ziellandes für chinesische Touristen erteilt wird. Außerdem wird die Kooperation bei der Verhütung und Behandlung von Krankheiten wie vor allem HIV/AIDS ausgeweitet.

Diese Vorschläge wurden auch in den „Addis Ababa Action Plan of the FOCAC (2004-2006)“ aufgenommen. -gs-

4 Nordkorea-Gespräche verschoben

Bereits Anfang Dezember zeichnete sich ab, dass es nicht wie ursprünglich vorgesehen gelingen würde, noch vor Ende Dezember eine neue Runde der 6er-Gespräche zur Beilegung des Nuklearstreits zwischen Nordkorea und den USA in Beijing zusammenzubringen. Am 16.12. musste dann der Sprecher des Außenministeriums Liu Jianchao auf einer Pressekonferenz in Beijing auf eine entsprechende Frage eingestehen, dass er keine Angaben über einen neuen Termin machen könnte. Dabei hatte die chinesische Regierung beträchtliche Anstrengungen unternommen und auch die prinzipielle Unterstützung aller Beteiligten (der beiden Koreas, USA, Russlands und Japans) für eine neue Gesprächsrunde erhalten; aber am Ende war keine Übereinkunft über Details des Treffens und den Entwurf einer gemeinsamen Entschließung erzielt worden.

Die erste Gesprächsrunde hatte in Beijing vom 27. bis 29. August stattgefunden und die chinesische Regierung hatte es übernommen, auch weiterhin für die Beilegung des Streits zu arbeiten. Diese Aktivitäten sind ein deutliches Zeichen für die sich ändernde außenpolitische Haltung Chinas. Hatte das Mitglied des Sicherheitsrates bisher eher eine Politik niedrigen Profils verfolgt und sich nur widerstrebend in internationale Angelegenheiten hineinziehen lassen, so zeigt Beijing spätestens seit Beginn des neuen

Jahrtausends vermehrt, dass es durchaus gewillt ist, seiner Verantwortung als globaler Macht pragmatisch nachzukommen – zumindest dann, wenn es auch im eigenen Interesse liegt. Und an der Verhinderung der weiteren Ausbreitung von Nuklearwaffen in Nordostasien ist die chinesische Führung selbst interessiert. Das machte sie auch durch die erstmalige Vorlage eines Weißbuchs zum Thema „China's Non-Proliferation Policy and Measures“ am 3.12. deutlich (Volltext in XNA, 3.12.03). Darin heißt es: „China does not support, encourage or assist any country to develop WMD (weapons of mass destruction) and their means of delivery.“ Die Betonung der internationalen Beziehungen bei der Durchsetzung von Non-Proliferation spiegele, so ein chinesischer Experte, ein neues Sicherheitskonzept wider.

China hatte selbst am 19. November informell den Entwurf einer gemeinsamen Entschließung aller sechs an den Nordkorea-Gesprächen beteiligten Nationen vorgelegt, der jedoch am 3.12. von den USA, Japan und Südkorea abgelehnt wurde. Er, so die Kritik, begünstige einseitig Nordkorea: Vorgesehen war die Abgabe einer Sicherheitsgarantie in Nordkorea im Gegenzug für nur die Zusage aus Pyongyang, sein nukleares Entwicklungsprogramm aufzugeben. Über einen alternativen Entwurf, den daraufhin Japan, die USA und Südkorea am 10.12. vorlegten, wollte China zunächst nicht einmal mit Nordkorea sprechen, da er nicht konsensfähig sei. Hierin wurde die unumkehrbare und nachprüfbare Beseitigung aller Nuklearwaffen gefordert und die Abgabe von Sicherheitsgarantien eng mit der Überprüfung dieses Prozesses verknüpft. Nachdem Beijing den Entwurf dann doch nach Pyongyang weitergeleitet hatte, wurde er dort am 15.12. erwartungsgemäß zurückgewiesen. Nordkorea forderte stattdessen von den USA, es erst von der Liste der Terror-unterstützenden Staaten zu streichen und Hilfe im Energiebereich zu leisten, bevor man an den Verhandlungstisch zurückkehre – was die USA konsequenterweise ablehnten.

Als sich nun eine Verschiebung als notwendig andeutete, verstärkten sich noch die diplomatischen Bemühungen

der chinesischen Unterhändler. Für dieses Engagement wurde die Regierung in Beijing beim USA-Besuch Wen Jiabaos von den Vereinten Nationen und den USA ausdrücklich gelobt. Innerhalb kürzester Zeit kam es zu Treffen mit allen beteiligten Seiten. U.a. reisten hochrangige nordkoreanischen Politiker sowie der stellvertretende südkoreanische Außenminister nach Beijing, Chinas Außenminister Li Zhaoxing begleitete Ministerpräsident Wen in die USA, die stellvertretenden Außenminister Chinas und Japans trafen sich und schließlich kam es auch zu Konsultationen in Moskau. Doch alles, was am Ende dabei herauskam, war, dass Nordkorea bei einem Besuch des stellvertretenden chinesischen Außenministers Wang Yi in Nordkorea zustimmte, überhaupt wieder an einem Treffen teilnehmen zu wollen. Dafür müssten aber die USA ihre Forderung nach nordkoreanischen Vorleistungen aufgeben. Nordkorea werde in einer ersten Phase nur seine Nuklearaktivitäten einfrieren, wofür es im Gegenzug die Aufhebung der Sanktionen und konkrete Energiehilfe erwarte.

Das nächste 6er-Gespräch ist jetzt auf „früh im Jahr 2004“ angesetzt, was nicht unbedingt Januar heißen muss, wie seitens des südkoreanischen Außenministeriums verlautete. China und Russland sind sich einig, dass es möglichst früh stattfinden sollte. Dafür allerdings, das stehe fest, müssten seitens der USA und Nordkoreas „Misstrauen und exzessive Forderungen der jeweils anderen Seite gegenüber“ aufgegeben werden. (Kyodo News Service, 3.12.03, nach BBC PF, 4.12.03; ebd. 9.12.03, nach BBC PF, 10.12.03; Yonhap news agency, 11.12.03, nach BBC PF, 12.12.03; ebd., 29.12.03, nach BBC PF, 30.12.03; XNA 3., 4., 14., 16., 26., 27.12.03, 6.1.04; RMRB, 24.12.03, nach BBC PF, 27.12.03). -gs-

5 Mehr Waffenkäufe von Russland

Am 15. Dezember landete der chinesische Verteidigungsminister Cao Gangchuan zu einem einwöchigen Besuch in Moskau, bei dem es vor allem um die Ausweitung der militärischen Zusammenarbeit beider Länder ging

bzw. in diesem Rahmen um chinesische Waffenkäufe. Cao führte zunächst formale Gespräche mit seinem Amtskollegen Sergey Ivanov, nahm dann gemeinsam mit diesem an der Sitzung einer Expertenkommission zur militärisch-technischen Zusammenarbeit teil und besuchte schließlich russische Rüstungsfirmen. Als Ergebnis der Expertengespräche wurde ein Protokoll über die bilaterale Kooperation 2004 unterzeichnet.

Cao versicherte seinem Gesprächspartner knapp eine Woche nach dem viel beachteten Besuch von Ministerpräsident Wen in den USA, dass die neue chinesische Führung der Entwicklung der chinesisch-russischen Beziehungen große Bedeutung beimesse. Beide zeigten sich zufrieden angesichts der positiven Entwicklung der bilateralen Beziehungen und wollen diese weiter ausbauen, wobei sie beteuerten, dass sie einen stabilisierenden Faktor in der Welt darstellten.

Die militärische Zusammenarbeit Chinas mit Russland hat vor allem seit 1989 an Gewicht gewonnen, als die westlichen Staaten nach der Niederschlagung der Demokratiebewegung ein Waffenembargo verhängten. Nicht zufällig forderte Cao am Rande der Gespräche die Aufhebung dieses Embargos seitens der EU im Lichte der seitdem verbesserten Beziehungen. Im letzten Jahr kauften die Chinesen in Moskau Waffen im Wert von 2,5 Mrd. US\$ – und auch das neue Protokoll soll Bestellungen im gleichen Umfang beinhalten. Insgesamt wird allerdings erwartet, dass die Käufe von Waffen und militärischer Hardware nicht weiter ausgeweitet werden, sondern dass sich die Volksrepublik stärker auf den Erwerb von Lizenzen und die gemeinsame Entwicklung neuer Waffenmodelle verlegen wird. Derzeit nehmen die Exporte an militärischer Technologie 30% des russischen Handels mit China ein, wobei Beijing diesen Anteil laut ITAR-TASS auf 70% ausweiten will.

Cao betonte darüber hinaus ein stärkeres chinesisches Interesse an einer Zusammenarbeit in der Ausbildung. Über 2.000 Offiziere der PLA wurden in jüngster Zeit in russischen Militäreinrichtungen ausgebildet und mehrere Hundert chinesische Soldaten befinden sich in russischen Ausbil-

dungszentren. Erstmals wurden 2003 im Rahmen der Shanghai Cooperation Organization auch gemeinsame russisch-chinesische antiterroristische Übungen, auch in China, abgehalten.

Der chinesische Verteidigungsminister wurde auch von Präsident Putin empfangen, der das russische Interesse am Ausbau der militärischen Beziehungen unterstrich, ein Interesse, das er anschließend auch in einem Telefongespräch mit Staatspräsident Hu Jintao wiederholte. Hu bestätigte Putin: „the strategic cooperative partner relationship between China and Russia continues to maintain excellent, positive developmental momentum“. (XNA, 15., 16.12.03; ITAR-TASS, 16.-18.12.03, nach BBC PF, 17.-19.12.03; ZXS, 19.12.03, nach BBC PF, 20.12.03; ST, 20.12.03) -gs-

6 China engagiert sich im Mittleren Osten

China ist gewillt, freundschaftliche und kooperative Beziehungen zu allen Ländern im Mittleren Osten einschließlich Israel zu entwickeln, erklärte der Sprecher des Außenministeriums Liu Jiantao bei der Ankündigung des Beijing-Besuchs des israelischen Präsidenten Moshe Katsav. Dieser besuchte nach einem dreitägigen Aufenthalt in Hongkong die chinesische Hauptstadt vom 14. bis zum 20. Dezember und führte u.a. Gespräche mit Staatspräsident Hu Jintao und dem Vorsitzenden des NVK Wu Bangguo. Vor seiner Abreise drückte er chinesischen Journalisten gegenüber seine Hoffnung aus, dass China seinen Einfluss und seine „sehr guten Beziehungen“ zur arabischen Welt nutzen werde, um im Mittleren Osten den Friedensprozess voranzubringen. In den konkreten Fragen der Roadmap und der erst am 1.12. verabschiedeten Genfer Initiative zeigte er sich allerdings äußerst zurückhaltend: Die Roadmap sei „nur eine Karte“ und nur die Regierung und das Parlament in Israel hätten das Recht politische Initiativen zu starten (XNA, 13.12.03).

Die Volksrepublik unterstützt beide Initiativen, wie es auch auf einem von der UN mit veranstalteten „UN Asian Meeting on the Question of Palestine“ vom 16. bis 18.12. in Beijing deutlich machten, auf dem neben ver-

schiedenen anderen zuständigen Politikern auch der stellvertretende Außenminister Dai Bingguo sprach. China begrüße die Roadmap und rufe alle Betroffenen auf, mit den vier Initiatoren der Roadmap (USA, Russland, UN und EU) zusammenzuarbeiten; es hoffe, dass die UN und vor allem auch der Sicherheitsrat eine positive und konstruktive Rolle im Friedensprozess spielen werden; und schließlich bewerte es auch die Genfer Initiative sehr hoch. Die Roadmap habe eine neue Sicht auf Lösung des palästinensisch-israelischen Problems eröffnet und Genf habe die Hoffnung auf den Frieden verstärkt (XNA, 16., 17.12.03). In Genf hatten sich Mitglieder aus Nichtregierungsorganisationen aus Israel und Palästina getroffen und am 1.12. Vorschläge für einen möglichen Friedensschluss veröffentlicht, die u.a. geteilte Souveränität über Jerusalem und Israels Rückzug aus den meisten Siedlungen vorsehen.

Während seitens Chinas einerseits die chinesisch-israelische Freundschaft betont wurde, machte die Regierung zugleich deutlich, dass sie die Palästinenser in ihrem Kampf für die Wiederherstellung ihrer legitimen nationalen Rechte unterstützt, einschließlich der Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates (XNA, 17.12.03). Zur Durchsetzung dieser Rechte präferiert China allerdings eindeutig einen Verhandlungsprozess; israelische Raketenangriffe im Gazastreifen am 25.12. wurden daher auch entschieden verurteilt (XNA, 18., 26.12.03). Die Haltung Chinas fasste Dai auf dem UN Asien Treffen in einem Drei-Punkte-Vorschlag zusammen (XNA, 16.12.03): Die UN müssten eine ihr angemessene Rolle spielen, die internationale Vermittlung müsse unparteiisch und gerecht erfolgen und die Rolle der Zivilgesellschaft müsse vollständig zum Tragen kommen.

Bei dem Besuch Katsavs ging es allerdings nicht nur um den Frieden im Mittleren Osten, sondern vor allem um die Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen. Hauptgrund seines Besuches sei die Ausweitung der Zusammenarbeit auf wissenschaftlich-technologischem Gebiet, erklärte der israelische Präsident (XNA, 13.12.03). Hu Jintao machte im Gespräch mit ihm einen Vorschlag zur Weiterentwicklung der Beziehungen,

der u.a. beinhaltet: Aufrechterhaltung der Kontakte auf höchster Ebene und Fortsetzung des politischen Dialogs, Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen, Förderung der Kooperation auf wissenschaftlichem, kulturellem und dem Bildungssektor und der damit verbundenen nicht offiziellen Kontakte (XNA, 18.12.03). Auffällig war, dass in keinem der Berichte über die verschiedenen Treffen die Rede davon war, dass man über die Probleme in der Taiwan-Straße gesprochen hat – obwohl diese bei allen anderen außenpolitischen Treffen der Chinesen im Dezember Thema waren. -gs-

Innenpolitik

7 Vorschläge für Verfassungsänderungen zur Verabschiedung auf der NVK-Frühjahrs-sitzung vorgelegt

Das Zentralkomitee (ZK) der KPCh hat dem Ständigen Ausschuss des Nationalen Volkskongresses (NVK) auf dessen Sitzung Ende Dezember Empfehlungen für Verfassungsänderungen vorgelegt, deren genauer Wortlaut in der staatlichen Presse verbreitet wurde. Der Ständige Ausschuss des NVK billigte die Vorlage der Vorschläge für die Verfassungsänderungen zur Verabschiedung auf der 2. Plenartagung des X. NVK, deren Beginn auf den 5. März 2004 festgelegt wurde. Das Vorhaben einer Verfassungsänderung bewegt sich damit durchaus im ursprünglich anvisierten Zeitrahmen. Ein inoffizieller Stopp öffentlicher Debatten zu diesem Thema, der im August 2003 verhängt worden war (vgl. C.a., 2003/8, Ü 7), scheint die interne Befassung somit nicht wesentlich verzögert zu haben.

Die wichtigsten Änderungsvorschläge gehen inhaltlich auf den XVI. Parteitag der KPCh im Herbst 2002 zurück (vgl. C.a., 2002/12, S.1402-1412). Unmittelbar nach der vollständigen Einsetzung der neuen Partei- und Regierungsführung im März 2003 war auf Initiative von Partei- und Staatshaupt Hu Jintao eine Führungsgruppe zur Vorbereitung von Verfassungsänderungen ins Leben gerufen worden

(vgl. C.a., 2003/6, Ü 11). In sechsmonatiger Arbeit hat dieses Gremium, das unter der Leitung des Ständigen Ausschusses des Politbüros des ZK der KPCh steht, konkrete Vorschläge für verschiedene Änderungen am Verfassungstext der VR China formuliert, die nun dem NVK offiziell zur Diskussion und abschließenden Abstimmung vorgelegt wurden.

An vorderster Stelle steht eine Änderung der Präambel, in die künftig Jiang Zemins Vermächtnis der „Dreifachen Repräsentation“ (*sange daibiao*) aufgenommen werden soll. Diese Formel („Die KPCh vertritt die Erfordernisse der Entwicklung fortschrittlicher Produktivkräfte, die Richtung des Vorwärtsschreitens fortschrittlicher Kultur und die grundlegenden Interessen der überwiegenden Mehrheit des chinesischen Volkes“; vgl. dazu inhaltlich C.a., 2002/12, S.1402-1412), die das Programm des XVI. Parteitags im Herbst 2002 dominiert hatte, soll fortan als ideologische Richtschnur parteipolitischen Handelns dienen. Aufnahme soll hier außerdem die Formel einer „koordinierten Entwicklung von materieller, politischer und geistiger Zivilisation“ finden, die ebenfalls auf den im letzten Jahr als KPCh-Generalsekretär ausgeschiedenen Jiang Zemin zurückgeht. Durch die Bezeichnung als „wichtige Idee“ wird der kanonische Charakter der „Dreifachen Repräsentation“ neben den „Mao-Zedong-Ideen“ und der „Deng-Xiaoping-Theorie“ bestätigt, auch wenn Jiang Zemins Name keine explizite Erwähnung findet.

Die stärkste Resonanz in der internationalen Medienberichterstattung fanden Vorschläge zum Schutz privaten Eigentums. So soll Artikel 13 der Verfassung künftig lauten: „Rechtmäßig erworbenes Privateigentum der Bürger ist unantastbar. Der Staat schützt das Recht der Bürger, Privateigentum gemäß der gesetzlichen Bestimmungen zu besitzen und zu erben.“ Mit dieser Formulierung wird privates erstmals mit öffentlichem Eigentum gleichgesetzt, das in Artikel 12 als „geheiligt und unantastbar“ dem Schutz des Staates unterstellt ist. Dass diese Änderung vor allem auf den Schutz unternehmerischen Privateigentums gemünzt ist, macht eine weitere Änderung von Artikel 11 der Verfassung deutlich. Danach soll die „nichtöffentli-